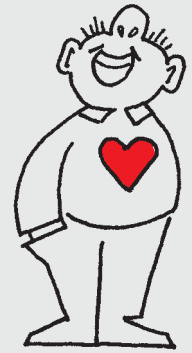


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

1, 2 / 2013

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Rettungsdienst in Not



Vor einem Jahr hat der Kreistag mit knapper Mehrheit von CDU und FDP und einiger weiterer Abgeordneter die Neuausschreibung des Rettungsdienstes beschlossen. Der Vorschlag, einen Eigenbetrieb zu gründen, bei dem der Kreis direkt die Verantwortung für den Rettungsdienst und deren Mitarbeiter übernommen hätte, wurde abgelehnt.

Im Laufe des Vergabeverfahrens wurde eine Arbeitsgruppe mit Abgeordneten aller Fraktionen gebildet, um angeblich eine umfängliche Beteiligung des Kreistages zu sichern. Leider waren die Informationen nach unserer Auffassung schon damals nicht ausreichend. Über die abgegebenen Gebote und die dahinter stehenden Firmen wurden wir über den gesamten Prozess im Dunkeln gelassen. Dies war möglich, weil alle Vertreter der anderen Fraktionen unsere kritischen Fragen an die Verwaltung nie unterstützt haben. So wurden uns wesentliche Informationen vorenthalten.

Spruch des Monats

»Durch Verschweigen wird öfter gelogen, als durch sprechen.«

Robert Lembke

Am Tag der Abstimmung war bereits zu erkennen, dass das Angebot des günstigsten Bieters kaum kostendeckend sein wird. Aber die Mehrheit des Kreistages hat der Vergabe des Rettungsdienstes bis 2018 an die Herzog GmbH, einen Ableger der Dänischen Falk Gruppe, trotzdem zugestimmt. Gleichzeitig versicherte die Führung der Kreisverwaltung, dass der Betriebsübergang nach Bürgerlichem Gesetzbuch gesichert sei.

Im Dezember dann stellte sich heraus, dass dies nicht so ist. Für 49 von 109 bisherigen Mitarbeitern des Rettungsdienstes verweigerte der neue Auftragnehmer den Betriebsübergang. Damit waren weder deren Löhne noch ihr Arbeitsplatz gesichert. Ein Antrag der SPD zur Aufhebung der Vergabe wurde durch unsere Fraktion unterstützt und in einer Sondersitzung des Kreistages am 28. Dezember 2012 beschlossen. Der Landrat legte daraufhin Widerspruch gegen diesen Beschluss ein. Somit kam es dann vorerst zur Betriebsübernahme durch die Falk Gruppe. Am 23. Januar 2013 bestätigte der Kreistag nach mehrstündiger Diskussion den Beschluss vom Dezember. Nun liegt die Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Beschlusses beim Brandenburgischen Innenministerium. Opfer dieses ganzen Verfahrens sind die Mitarbeiter des Rettungsdienstes, die nun ihr Recht vor dem Arbeitsgericht erstreiten müssen. Dies alles wäre nicht notwendig gewesen, wenn der Kreistag einen Eigenbetrieb gebildet hätte. Damit wären anständige Bezahlung und ein zukunftssicherer Rettungsdienst möglich. Die Stadt Cottbus hat dies bereits vollzogen, da haben allerdings SPD und LINKE eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung. Die Kosten eines Eigenbetriebes wären genauso durch die Krankenkassen getragen worden wie im Falle der Vergabe an ein privates Unternehmen.

Wir wollen einen Rettungsdienst, bei dem die Mitarbeiter einen sicheren und ordentlich bezahlten Arbeitsplatz haben, denn nur dann werden sie auch weiterhin ihre Aufgaben zur Rettung der Bürgerinnen und Bürger im Spree-Neiße-Kreis erfüllen können.

Ingo Paeschke
Kreistagsabgeordneter

Wir haben gewählt!

Am 15. Dezember 2012 hat die Gesamtmittgliederversammlung des Kreisverbandes Lausitz die Genossin Birgit Wöllert als Direktkandidatin für den Wahlkreis 64 zur Bundestagswahl im September 2013 gewählt. Eine Gegenkandidatin bzw. einen Gegenkandidaten gab es nicht.



Im Vorfeld der Wahl des Direktkandidaten der LINKEN für den Wahlkreis 64 gab es viele Diskussionen und Spekulationen um die Kandidatur und Wahl des parteilosen Bundestagsabgeordneten Wolfgang Nešković.

Tatsache ist, Wolfgang Nešković hat sich dieser Wahl nicht gestellt und tritt als Einzelbewerber im Wahlkreis 64 an. Er ist somit nicht der Kandidat der LINKEN.

Mit dem Austritt aus der Bundestagsfraktion hat Herr Nešković für sich einen Schlusstrich mit der LINKEN gezogen. Seine Beweggründe waren in den Medien nachzulesen.

Mit Birgit Wöllert kandidiert eine erfahrene Kommunal- und Landespolitikerin für unsere Partei.

Inzwischen haben auch unsere politischen Konkurrenten ihre Direktkandidaten gewählt.

Der Wahlkampf kann bzw. hat also schon begonnen. Unsere Kandidatin steht bereit.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Schorschels Stadtgeflüster

Hallöchen Leute, damit das klar ist: Die Bombe gehörte nicht zum integrierten Stadtabrisskonzept (INSEK) von Forst wie viele vermuten, auch wenn viele Entscheidungen unserer so unglücklich agierenden Stadtentwicklungs-Damen auf jeden Fall bombig sind. Danke aber für die Entschärfung! Unser Forst ist und bleibt eine liebenswerte Stadt und die Probleme mit den in sich selbst verliebten Möchtegern-Machern im Rathaus werden wir auch im neuen Jahr verkraften. So hat unser Svenni wieder mal einen Bock geschossen, indem er sich zur Debatte um das Hundeverbot im Rosengarten wie folgt zu Wort meldete: »Angesichts großer Besucherzahlen seien Konflikte zwischen irritierten Hunden und Menschen nicht auszu-schließen« (LR vom 27.12.12). Irrtum Svennilein, nicht die Hunde, sondern die Hundehalter sind irritiert. Erst füllt Ihr mit der erhöhten Hundesteuer den Stadtsäckel und dann sperrt ihr die »Goldesel« aus! Noch besser finde ich die Geschichte mit dem Liebespaar, das im Sommer 2012 die Zusa-

ge für eine Trauung im Rosengarten im August 2013 erhält, daraufhin viele Gäste aus der gesamten Bundesrepublik zur Trauung einlädt und im Dezember von der Stadtverwaltung die Mitteilung bekommt, dass die Trauung leider nicht im Rosengarten stattfinden könne und man als Ersatz unter anderem das alte AOK-Gebäude für die Trauungszeremonie vorschlage! Super, wa – so viel zum Thema »Wie man sich bundesweit Freunde schafft!« Das einzige, was darüber hinwegtröstet, sind die Fotos für 20.000 € auf den Eintrittskarten. Ich hatte nämlich wahnsinnige Angst, dass meine Schwiegermutter heimlich mit meiner Dauerkarte in den Rosengarten geht, um sich die weltberühmten Domsdorfer Heide-lerchen anzuhören. Zum Glück nicht – das Foto verhindert's! Apropos Foto – werden die Dateien eigentlich sofort gelöscht oder finden sich die Fotografierten später als Zierrat auf der Kaufland- oder Penny-Fassade wieder? Dem Kirchbauverein wünsche ich entsprechend seines Aufrufes weiterhin viele Geldspenden, um dem Ziel, die Brühlgruft wirtschaftlich zu nutzen, näherzukommen. Vielleicht könnte er ja dann mal selbst einen Teil des Geldes der Forster Tafel spenden, die es sehr, sehr dringend braucht! Es wäre nicht schlecht, mal mehr an die Lebenden zu denken!! Tschüss,

Euer Schorschel

Aus der Stadtverordneten- versammlung

Nach monatelanger Verzögerung ist das Grundstück der Schule in Noßdorf an den Verein der Dorfgemeinschaftsschule verkauft worden. Sobald die Zustimmung durch die Kommunalaufsicht erfolgt ist, kann der Verein mit der Umsetzung seiner Privatschulpläne fortfahren. — Wir hätten lieber eine städtische Schule in Noßdorf erhalten, unterstützen aber unter den aktuellen Rahmenbedingungen im Bildungssystem des Landes Brandenburg diese Schulgründung. Vielleicht lässt sich zukünftig auch der Standort Keune in dieses Konzept einbinden.

Mit der Einbringung des Haushalts beginnen nun bis zur Sitzung der SVV im März die Haushaltsberatungen, für große Veränderungen gibt es kaum Spielräume.

Der beantragte Windpark in der Gemarckung Bademeusel bewegt die Gemüter der Anwohner. Viele haben sich gegen den Windpark ausgesprochen, trotzdem ist ein Bauplanungsverfahren rechtlich notwendig. Wir werden dies inhaltlich begleiten und zu gegebener Zeit unsere Entscheidungen treffen. Zwischen den beantragten 33 Windrädern und einer völligen Ablehnung sollte genug Spielraum für eine akzeptable Lösung vorhanden sein.

Zwischen dem Geschäftsführer der Stadtwerke und dem Fraktionsvorsitzenden gab es Anfang Januar ein Gespräch, bei dem die jeweiligen Standpunkte zu energiepolitischen und kommunalen Problemen ausgetauscht wurden. Das persönliche Kennenlernen wurde von beiden Seiten als positiv empfunden, der Kontakt zu aktuellen Themen soll fortgesetzt werden.

Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

So nicht, Herr Maresch !

Mit einiger Verwunderung mussten die Leser der Lausitzer Rundschau in den Regionalteilen vom 18.12.12 (Forst) und 19.12.12 (Spremberg) einen Artikel von Herrn Jürgen Maresch zur Kenntnis nehmen.

In seinem Artikel nimmt Herr Maresch Bezug auf einen Bericht der Lausitzer Rundschau vom 13.12.12, in dem über eine Veranstaltung des Deutsch-Polnischen Behindertenbeirates »Beiderseits der Neiße« anlässlich des Welttages der Behinderten am 11.12.12 in Forst berichtet wird.

Die Veranstaltung war dem Ziel verpflichtet, die Umsetzung des »Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes für das Land Brandenburg« für die Stadt Forst und das regionale Umfeld zu diskutieren. Politisch Verantwortliche, Mitarbeiter in Verwaltungen, Vertreter von Interessenverbänden und engagierte Bürgerinnen und Bürger diskutierten darüber, wie unsere Gemeinwesen sich auf den Weg in eine »inklusive« Gesellschaft machen können.

Auch Herr Maresch als behindertenpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Brandenburgischen Landtag war zu dieser Veranstaltung eingeladen und sein unentschuldigtes Fehlen wäre eigentlich keine Zeile wert.

Was Herr Maresch allerdings dem in der Sache wenig kundigen Leser dann jedoch zumutet, kann und darf nicht unwidersprochen bleiben.

So bezeichnet er Arbeitsplätze in Werkstätten für behinderte Menschen als »unzumutbare Beschäftigungsverhältnisse«, die »jede soziale Teilhabe und jede selbstbestimmte Lebensführung« verhindern würden. Dabei sind für viele schwer- und mehrfachbehinderte Menschen gerade diese die **einzige realistische Chance**, um unter den **gegebenen gesellschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen** überhaupt am Arbeitsleben teilzuhaben.

Vielleicht hätte Herr Maresch lieber den Versuch unternommen sollen, sich z. B. in der Forster Behindertenwerkstatt mit auch nur einem der nahezu 90 Werkstattbeschäftigten zu unterhalten, um sich einen eigenen, authentischen Eindruck zu verschaffen.

Stattdessen zieht er es vor, aus der sicheren Perspektive eines Cottbuser Abgeordnetenbüros bzw. aus dem fernen Potsdam, die Arbeit in Behindertenwerkstätten mit einer Pauschalkritik zu überziehen.

Und nicht nur das. Namentlich Gruppenbetreuer, Sozialarbeiter und Werkstattleitungen werden in völlig unqualifizierter Art und Weise diskreditiert und verunglimpft. Und hier verlässt Herr Maresch nun endgültig den Boden des Respekts und des Anstands.

Gerade die von ihm Kritisierten sind es, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen Tag für Tag mit Verstand, Herz und Leidenschaft für die Belange jener einsetzen, die noch heute vielfach nur am Rande unserer Gesellschaft stehen.

Dabei werden Mitarbeiter in Behinderteneinrichtungen selbst nur wenig wahrgenommen. Aber gerade auch sie verdienen höchsten Respekt und gesellschaftliche Wertschätzung für ihre verantwortungsvolle, schwere, aber vor allem sinnerfüllende und überaus dankbare Arbeit. Nein, Mitarbeiter in Behinderteneinrichtungen brauchen Herrn Mareschs Belehrungen und Zurechtweisungen nicht!

Ist es nicht vielmehr an ihm selbst, als Mitglied des Brandenburgischen Landtages alles nur denk- und machbare dafür zu tun, um die von ihm mit so markigen Worten kritisierten gesellschaftlichen Zustände ändern zu helfen?

Und was das von Herrn Maresch so verniedlichend als »gemeinsame Malaktion« abqualifizierte Kunstprojekt »Grenzenlos-Kreativ« des Behindertenwerkes Spre-

berg angeht, so sei ihm angeraten, nicht über Dinge zu sprechen und zu schreiben, die er weder kennt, für die er sich bisher nicht im Geringsten interessiert hat und deshalb auch nicht beurteilen kann.

Eine »inklusive« Gesellschaft erhalten wir nicht von heute auf morgen, sie ist nicht das Ergebnis wortgewaltiger Programme und Maßnahmepakete. Sie wird nicht möglicher durch hektisch anmutenden Aktionismus und schon gar nicht durch hemdsärmliche Medienauftritte profil-süchtiger Politiker.

»Inklusion« beginnt, und da sind wir wieder bei der Veranstaltung des Deutsch-Polnischen Behindertenbeirates in Forst, in der Tat im Kopf.

Und auch hier stehen wir ganz am Anfang. Aber wir haben uns auf den Weg gemacht. Dieser Weg wird ein sehr langer sein. Seine Akteure brauchen einen langen Atem, Geduld und endlich viel Enthusiasmus.

Jede praktische Initiative, jede praktische Aktion in unseren Gemeinwesen, mag sie auch noch so klein und unbedeutend erscheinen, bringt uns diesem Ziel näher.

Politisch Verantwortliche täten gut daran, den Ideenreichtum, den Erfindergeist, die Kreativität und die Erfahrungen der in Sonntagsreden so gern und oft beschworenen »Zivilgesellschaft« sensibel auf- und ernst zu nehmen.

Die Menschen »vor Ort« werden eine Gesellschaft möglich machen, in der Respekt, Achtung und Wertschätzung, Individualität und Solidarität, mithin humanistische Grundsätze höchste gesellschaftliche Werte darstellen.

Die da »unten« sind sehr viel klüger als die da »oben« zuweilen glauben. Sie haben es längst gelernt, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen und sich selbst zu vertrauen.

Und schließlich: Bescheidenheit und Demut sind nicht die schlechtesten Eigenschaften eines vom Volk Gewählten. Bleibt zu wünschen, dass Herr Maresch sich an solche Tugenden erinnern möge.

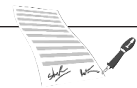
Hartmut Klausnitzer
AG Soziales

Bastian sucht Mitstreiter

Vor einiger Zeit wurde Bastian W. Mitglied von **linksjugend** ['solid]. Er würde gern weitere Forster Jugendliche dafür interessieren. Und so stellt sich **linksjugend** ['solid] vor: »Wir sind Azubis, Schüler/-innen, Studierende, junge Erwerbstätige und Erwerbslose und engagieren uns gemeinsam gegen die großen und kleinen Ungerechtigkeiten des Alltags. **linksjugend** ['solid] ist unsere Plattform, wo junge Menschen selbst Politik machen können – egal, ob sie schon länger dabei sind oder neu einsteigen wollen. Wir greifen ein, denn die Gestaltung unseres Lebens wollen wir nicht Anderen überlassen ...« Wer mehr wissen möchte, kann sich im Internet unter www.linksjugend-solid.de informieren oder in der Geschäftsstelle der LINKEN nachfragen.

Leserbrieife zum Problem:

»Hunde müssen draußen bleiben« (Malxe-Blatt 12/12)



Liebe Redaktionsmitglieder,

zuerst wünsche ich Ihnen ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2013.

Ich habe das Malxe-Blatt ganz offiziell bekommen und bin dankbar für Ihre Information über das Hundeverbot in unserem Rosengarten, die ich zuerst entsetzt angezweifelt hatte.

Es geht nunmehr ein Aufschrei unter den Hundebesitzern um, weil man von Juni bis September 2013 nicht mit dem Hund den Rosengarten besuchen darf. Man wird also als Hundebesitzer zum Menschen 2. Klasse degradiert, dessen gutes Geld man zwar für die Hundesteuer gerne haben will – alles andere ist egal!!!

Ich bin angesprochen worden, doch auch für die Feierlichkeiten in »unserem« Rosengarten zu werben, was ich nun jedoch tunlichst sein lassen werde. Unter den gegebenen Voraussetzungen kann ich auch gar nicht dafür werben.

Wenn ich meine Kunden bewerben würde – und das sind nun mal allesamt Hundebesitzer – würde ich sie enttäuschen, weil diese voller Erwartungen den Rosengarten aufsuchen, aber dann jedoch ein böses Erwachen haben würden; sie müssten dann ihre 4-beinigen Lieblinge bei sommerlichen Temperaturen im Auto belassen (was jedoch die Tierschützer wieder auf den Plan rufen würde – und mit Recht!!!) oder am Eingang in Betreuung geben, natürlich gegen ein entsprechendes Entgelt. Letzteres war für mich ein Grund, der BUGA in Gera nicht mein Geld zukommen zu lassen, weil man Besucher mit Tieren genauso behandelte wie eben geschildert. Viele Menschen, die von weiter her anreisen und sich nicht über die Besuchsmodalitäten im Internet informieren (können), stehen dann vor der vollendeten Tatsache, dass sie ihr Tier nicht mitnehmen dürfen! Ich freue mich schon auf die nachfolgende Negativpropaganda – die kommt ganz bestimmt!!!

Hundebesitzer sind schlichtweg eine nicht zu unterschätzende zahlungskräftige Klientel, die es nicht verdient, außen vorgelassen zu werden!!!

In diesem Sinne verbleibe ich in der Hoffnung, dass doch noch eine vernünftige und für alle zufriedenstellende Lösung gefunden wird.

Gudrun Bartsch
Inhaberin des Hunde-Pflegestudios
in Forst (Lausitz), 02.01.2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit großer Freude habe ich auch in diesem Monat das »Malxeblatt« gelesen – und gleich bei »Schorschels Stadtgeflüster« fiel mir das Abendbrot aus dem Gesicht. Der Rosengarten soll also für Hunde gesperrt werden, da diese die Rabatten und Bäume schädigen – aha! Max (der Beagle-Rüde, den ich vor mehr als dreieinhalb Jahren adoptiert habe), ist ebenso wie ich häufiger Gast im Rosengarten und ich kann mich nicht erinnern,

dass er dort jemals Schäden verursacht hätte – von kleineren Verschmutzungen durch Markieren oder Kontra-Markieren mal abgesehen, aber ich denke, dass ein ausgewachsener Baum dies aushalten dürfte – saurer Regen ist wesentlich schädlicher. Größere »Geschäfte« werden natürlich fachmännisch mit selbst käuflich erworbenen und stets mitgeführten Tüten entfernt (auf diesem Weg meinen Dank an die Stadtverwaltung, welche die Hundestation immer wieder aufstockt ... oder auch nicht ... macht aber eh wenig Sinn, da man einem Hund viel beibringen kann, aber wo er seinen Haufen setzen soll, dürfte nicht darunterfallen – jedenfalls habe ich noch keinen Hund kennengelernt, der das konnte, doch das nur nebenbei). Im Rosengarten lebt meines Wissens nach auch ein Hund samt seinen Haltern, erhält dieser Hund dann von Juli bis September 2013 Hausarrest?! Man sollte denken, so etwas gäbe es nur in Myanmar (formerly known as Burma), aber nun ja, das ist dann wohl die Globalisierung des Unrechts.

Ich möchte gar nicht wissen, wie viele Besucher in Anbetracht der Tatsache, dass sie ihren Hund nicht mitnehmen dürfen, den Kopf schütteln und den Rosengarten meiden werden – und dass man für den Besuch des »Rosenflair« Eintritt bezahlen soll, ist doch auch ein Hohn, leere Stadtkassen hin oder her. Klar, ich stamme aus der Großstadt, ja, »Forschte« ist eher Provinz, aber das geht dann doch zu weit, um eine reine »Provinz-Posse« zu sein, DAS ist grober Unfug!

Im Übrigen warte ich immer noch darauf, dass es Hundehaltern untersagt wird, ihre Tiere an der Neiße spazieren zu führen – wo es sich doch um ein Landschaftsschutzgebiet handelt ... obgleich es immer wieder Leute gibt, die dort mit dem Auto unterwegs sind, was die Landschaft sicher schwerer beeinträchtigt als jeder Hund, von den Gefahren für Mensch und Tier und der Verbringung von Kunststoffen und deren Zurücklassung mal ganz abgesehen, immer wieder ein Ärgernis sondergleichen. Klar, der Neubau des Wehrs an der Neiße ist wichtig und verwandelt die Landschaft vorübergehend in einen Truppenübungsplatz, aber das kann ich im Gegensatz zu extrem lauffaulen Angelfreunden noch akzeptieren. (...)

Abschreckend wirkt auf mich persönlich schon der »Brühlismus« am Postgebäude – ein Bild, dessen Schrecken sondergleichen ist ... ich frage mich jedes Mal, was mir damit gesagt werden soll bzw. sollte. »Steherrennen« und Rosengarten, in Ordnung, aber wer ist der Kerl daneben?! Ungebildete mögen darin Friedrich den mehr oder weniger Großen erkennen, aber das kann es doch auch nicht sein – und dass man Max Seydewitz nicht entsprechend ehren wollte, ist ja bei dieser Verwaltung nachvollziehbar, leider wohl – auch wenn er den meisten Leuten näher sein dürfte als Brühl es jemals sein könnte. ➤ S. 4

Newsletter

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

»Dass es fast ein Vierteljahrhundert nach Vollzug der deutschen Einheit weiter ein erhebliches Ost-West-Lohngefälle gibt, ist ein Skandal«, erklärt zu einer aktuellen Studie des staatlichen Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), nach der es weiter ein erhebliches Ost-West-Lohngefälle gibt, der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Dietmar Bartsch. Bartsch weiter:

»DIE LINKE vertritt konsequent den Grundsatz 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' und wird diesen Unterschied auch künftig ebenso wenig hinnehmen wie die nach wie vor bestehende ungleiche Entlohnung von Männern und Frauen. Ich sehe Arbeitgeber wie Gewerkschaften gleichermaßen in der Pflicht, hier endlich für Gerechtigkeit zu sorgen. Ebenso ist die Politik gefordert, etwa bei der Einführung eines bundesweiten gesetzlichen Mindestlohnes. Alle Akteure wären gut beraten, jetzt entsprechend zu handeln. Die Angleichung der Lebensverhältnisse ist nicht weniger als ein Verfassungsauftrag. Eine Praxis, die weite Teile des Ostens wegen Massenarbeitslosigkeit entvölkert oder zu Billiglohngebieten macht, steht dem entgegen und entkräftet überdies die Mär, wonach gute Löhne die Wettbewerbsfähigkeit schwächen.«

18. Dezember 2012

Wir sind für eine 75-prozentige Millionärssteuer

In einem Statement vor der Presse hat sich die Parteivorsitzende Katja Kipping zu Medienberichten über den Wahlprogrammwurf der LINKEN geäußert. Sie stellte fest: Heute haben verschiedene Medien berichtet, unser Wahlprogrammwurf enthalte die Forderung nach einer 100-Prozent-Steuer. Wer im Entwurf unseres Wahlprogramms nach einer 100-Prozent-Steuer sucht, wird nichts finden. Wir schlagen einen 53-prozentigen Spitzensteuersatz wie unter Helmut Kohl vor und für jeden Euro Einkommen über eine Million Euro pro Jahr hinaus eine Reichensteuer von 75 Prozent. Darüber hinaus wollen wir eine Diskussion darüber anstoßen, wie viel Ungleichheit diese Gesellschaft verträgt. Wir wollen, dass im Wahlkampf über die wachsende soziale Drift in diesem Land geredet wird. Dem dienen auch Sätze wie derjenige, über den heute viele Medien berichten. Wir wollen, dass es in Unternehmen Regelungen für die Begrenzung von Managergehältern gibt. Es ist nicht hinzunehmen, dass in einem Unternehmen die Putzkräfte mit weniger als 1.000 Euro im Monat nach Hause gehen und die Manager mehr als eine Million im Jahr bekommen. Um es am Beispiel eines in Bundesland befindlichen Unternehmens deutlich zu machen. Wenn der Bahnchef unbedingt ein riesiges Managergehalt braucht, dann muss er dafür sorgen, dass auch die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter einen ordentlichen Lohn für ihre Arbeit erhalten.

1. Februar 2013

Leserbriefe ...

(Fortsetzung von Seite 3)

Ach ja, eine kleine Korrektur sei erlaubt: es heißt nicht »Gehörlosendolmetscher«, sondern »Gebärdensprachendolmetscher« – und bei unserer Stadtverwaltung hat

eben nicht alles »Hand und Fuß«, also braucht diese sicherlich jemanden, der sich zumindest mit dem Einsatz des erst genannten Körperteils auskennt und diesen entsprechend anlegt, um Probleme zu lösen ... und ob man den Fuß einsetzen sollte, um bestimmten Leuten in der Stadtverwaltung einen Tritt in das Gesäß zu ge-

ben, damit sie aufwachen, überlasse ich dem geeigneten Leser, man will ja nicht zu Straftaten aufrufen.

Mit solidarischen Grüßen!

Dipl.-Jurist André Robin

(den vollständigen Leserbrief finden Sie auf unserer Internet-Seite)

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Di., 19.02.: 18.30 Uhr Ortsvorstandssitzung
Di., 26.02.: 18.30 Uhr Sitzung Stadtfraktion
Mi., 27.02.: 18.30 Uhr AG »Soziales«
Mo., 04.03.: 18.30 Uhr AG Malxeblatt
Di., 12.03.: 18.30 Uhr Sitzung Stadtfraktion
Nächster Treff »Linksrum«:
28.02.2013 um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle

Rechtsberatung

am Sonnabend, dem 16.02.13,
ab 14 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN,
Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils
Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

Gemeinsame Vorbereitung zum 1. Mai 2013

Am Mittwoch, dem 20.02.2013, findet um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN das erste Treffen zur Vorbereitung des 1. Mai 2013 statt.

Gewerkschaften, Vereine, Parteien und Bürger sind eingeladen.

Gemeinsam wollen wir diesen Tag vorbereiten, um ihn als politischen Feiertag zu begehen.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Geburtstag

10.02.: 79 Jahre Inge Jarmusch
13.02.: 71 Jahre Erika Schmotz
21.02.: 60 Jahre Manfred Hungenbach
25.02.: 85 Jahre Helga Schan
28.02.: 81 Jahre Gerda Kluge
05.03.: 61 Jahre Gabriele Otto
08.03.: 83 Jahre Horst Rubin
10.03.: 73 Jahre Peter Weidner
11.03.: 64 Jahre Gudrun Lacase

Herzlichen Glückwunsch, unseren Jubilaren, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Ausgleich

Seitdem immer mehr Menschen immer mehr Jobs brauchen, um weniger zu verdienen als vorher, muss es auch immer mehr Möglichkeiten zum Einkauf geben, wo immer weniger Menschen was einkaufen möchten.

Werner Lutz

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.